

Information zum Datenschutz gem. Art. 13 und 14 DS-GVO

1. Bezeichnung des Verarbeitungsvorganges

Digitalisierung von Papierakten im Ausländerwesen

2. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Kreisverwaltung Neuwied

- Ordnung, Verkehr und Rechtsangelegenheiten-

Wilhelm-Leuschner-Str. 9

56564 Neuwied

Tel.: +49(0)2631-803 0

E-Mail: poststelle@kreis-neuwied.de

Website: <https://www.kreis-neuwied.de>

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Kreisverwaltung Neuwied

-Datenschutzbeauftragter-

Wilhelm-Leuschner-Str. 9

56564 Neuwied

Tel.: +49(0)2631-803 0

E-Mail: datenschutz@kreis-neuwied.de

4. Zweck der Verarbeitung

Digitalisierung vorhandener Bestands-Ausländerakten im Zuge der Verwaltungsmodernisierung

5. Rechtsgrundlage(n) der Verarbeitung

Art. 6 Abs. 1 lit. F DS-GVO i.V.m § 3 LDSG

6. Betroffene Personen

Kunden der Ausländerbehörde

7. Kategorien von personenbezogenen Daten

Personenstammdaten (Familiennamen, Vorname, Anschrift,
Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit)

Kommunikationsdaten (Telefonnummer)

Daten nach Art. 9 Abs. 1 DS-GVO

8. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Externer Scandienstleister

9. Übermittlung an ein Drittland

Es findet keine Übermittlung statt und ist auch nicht geplant

10. Dauer der Speicherung

Aufbewahrung der Papierakten 12 Monate nach Abschluss des Verfahrens, anschließend Vernichtung der Papierakten beim Scandienstleister.

Speicherung der Daten im DMS der Kreisverwaltung Neuwied bis 10 Jahre nach Rückkehr ins Herkunftsland, Einbürgerung oder Ableben der betroffenen Personen. Anschließend Löschung bzw. Archivierung.

11. Betroffenenrechte

Jeder von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DS-GVO insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, historische, statistische und wissenschaftliche Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO), insbesondere

- soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit
- sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt
- sofern die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können oder
- sofern bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, welches die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung die Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient (Art. 21 DS-GVO).

12. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (55116 Mainz, Hintere Bleiche 34, Tel.: 06131/2082449, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Stand der Informationen: 05.02.2024